

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 25 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einjährlich 3,00 Mk. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,00 Mk. ausschließlich Postgeld. Einzelnummer 10 Pf.

**Anzeigenpreise:**  
Die 6spaltige Zeile 25 Pf., für auswärts 30 Pf., die 8spaltige 30 Pf., die 10spaltige 35 Pf., die 12spaltige 40 Pf., die 14spaltige 45 Pf., die 16spaltige 50 Pf., die 18spaltige 55 Pf., die 20spaltige 60 Pf., die 22spaltige 65 Pf., die 24spaltige 70 Pf., die 26spaltige 75 Pf., die 28spaltige 80 Pf., die 30spaltige 85 Pf., die 32spaltige 90 Pf., die 34spaltige 95 Pf., die 36spaltige 1,00 Mk., die 38spaltige 1,05 Mk., die 40spaltige 1,10 Mk., die 42spaltige 1,15 Mk., die 44spaltige 1,20 Mk., die 46spaltige 1,25 Mk., die 48spaltige 1,30 Mk., die 50spaltige 1,35 Mk., die 52spaltige 1,40 Mk., die 54spaltige 1,45 Mk., die 56spaltige 1,50 Mk., die 58spaltige 1,55 Mk., die 60spaltige 1,60 Mk., die 62spaltige 1,65 Mk., die 64spaltige 1,70 Mk., die 66spaltige 1,75 Mk., die 68spaltige 1,80 Mk., die 70spaltige 1,85 Mk., die 72spaltige 1,90 Mk., die 74spaltige 1,95 Mk., die 76spaltige 2,00 Mk., die 78spaltige 2,05 Mk., die 80spaltige 2,10 Mk., die 82spaltige 2,15 Mk., die 84spaltige 2,20 Mk., die 86spaltige 2,25 Mk., die 88spaltige 2,30 Mk., die 90spaltige 2,35 Mk., die 92spaltige 2,40 Mk., die 94spaltige 2,45 Mk., die 96spaltige 2,50 Mk., die 98spaltige 2,55 Mk., die 100spaltige 2,60 Mk.

## Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 19 Danzig, Sonnabend den 13. Mai 1916 7. Jahrgang

### Für Frieden und Völkerrecht

Die Antwort der deutschen Regierung auf die amerikanische Note vom 20. April gibt Amerika, was es verlangt. An die deutschen Seestreitkräfte ist die Weisung ergangen, auch innerhalb des Kriegsgebiets Rauffahrtsschiffe nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen zu behandeln. Es wird in Zukunft kein Handelschiff, sei es neutral oder feindlich, ohne Warnung und Rettung der Menschenleben versenkt werden. Das Tauchboot wird also als Waffe im Handelskrieg nach genau denselben Grundsätzen verfahren, wie sie durch das Völkerrrecht für Kriegsschiffe im allgemeinen vorgeschrieben sind. Eine amerikanische Forderung ist damit erfüllt.

Die Note vom 20. April hat schwere Vorwürfe an die deutsche Regierung gerichtet. Die deutsche Note antwortete darauf mit der Feststellung, daß die deutschen U-Boote auch bisher schon angewiesen waren, neutrale Schiffe und feindliche Handelschiffe außerhalb des Kriegsgebiets nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken. Es wird zugestanden, daß Irrtümer vorgekommen sind. Es wird zugestanden, daß auch der Fall der „Sussex“ möglicherweise in die Reihe dieser Irrtümer gehört, für welchen Fall nach gehöriger Untersuchung „die sich hieraus ergebenden Folgerungen“ angekündigt werden. An diese weitgehenden Zugeständnisse knüpft die deutsche Regierung das Verlangen, daß die amerikanische Regierung nunmehr auch gegen die völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands im Lushungerungsrieg gegen Deutschland energisch vorgehen möge. Falls England bei seinen völkerrechtswidrigen Maßnahmen beharre, so würde sich die deutsche Regierung einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschliebung vorbehalten müsse.

Dem deutsch-amerikanischen Streit ist damit die Grundlage entzogen. Er könnte aber wieder aufleben, wenn Amerika trotz der deutschen Zugeständnisse den Krieg wolle, oder wenn sich neue Irrtümer ereigneten, oder auch, wenn sich die deutsche Regierung durch eine etwaige Weigerung Englands, auch seinerseits zum Völkerrrecht zurückzukehren, zur Wiederaufnahme des U-Bootkrieges in alter Form veranlaßt fände. Da wir an unbedingt kriegerische Absichten Amerikas nicht glauben, so nehmen wir an, daß die Gefahr eines offenen deutsch-amerikanischen Konfliktes für absehbare Zeit gebannt ist. An dieser günstigen Annahme kann auch die Tatsache nichts ändern, daß die deutsche Note auf die amerikanischen Vorwürfe mit einer Reihe von Gegenwürfen antwortet. Es wird offen ausgesprochen, daß die Neutralität der Vereinigten Staaten bisher für Deutschland nicht in dem gleichen Maße wohlwollend gewesen ist, wie für Deutschlands Gegner. Diese Vorwürfe sind in der Absicht erhoben, nicht zu reizen, aber zu bessern, und in dieser Absicht ist das deutsche Volk mit seiner Regierung einig.

Von allergrößter Bedeutung sind die Erklärungen, die die deutsche Regierung in diesem Zusammenhang über ihre Stellung zur Friedensfrage im allgemeinen abgibt. Sie erklärt ihre Nachgiebigkeit gegenüber Amerika aus dem Gedanken an das schwere Verhängnis, mit dem eine Ausbreitung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedroht. Sie stellt fest, daß sie ihre Bereitschaft zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden in den letzten Monaten zweimal offen und vor aller Welt bekundet hat. Sie fände es vor der Menschheit und der Geschichte unverantwortlich, wenn nach 21 monatiger Kriegsdauer dennoch ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Amerika ausbräche.

Nach dieser Erklärung ist es zweifellos, daß die deutsche Regierung einem auf der Grundlage wirklicher Neutralität unternommenen Versuch der Vereinigten Staaten, zwischen den beiden Lagern Europas den Frieden zu vermitteln, mit Bereitwilligkeit entgegenkommen würde. Hier winkt dem Präsidenten Wilson, der im Namen der Menschlichkeit in die besondere Frage des U-Bootkrieges eingegriffen hat, eine große weltgeschichtliche Aufgabe allgemeiner, weltumspannender Menschlichkeit! Wir wünschen, daß der Präsident, das amerikanische Volk, und insbesondere die amerikanischen Sozialisten, deren Eintreten für neutralen Sozialistenkongress am 26. Juni nunmehr gesichert sein dürfte, die Größe dieser Aufgabe richtig erkennen mögen!

Die deutsche Note spricht ganz allgemein von einem Frieden, der die Lebensinteressen Deutschlands sichert. Mit dieser Formulierung ist das ganze deutsche Volk einverstanden; den konkreten Inhalt für sie zu finden, wäre Sache der Verhandlungen, in die einzutreten die deutsche Regierung nach ihrer Erklärung ohne weiteres bereit ist. Diese Verhandlungen könnten in dem Augenblick beginnen, in dem auch die andere Seite ihre Bereitwilligkeit erklärt. Die deutsche Erklärung trägt nicht den Charakter einer Bitte, darum unterläßt sie es auch, die amerikanische Regierung um eine Friedensvermittlung förmlich zu ersuchen.

Die Erklärung geht genau soweit — aber auch nicht weiter —, wie ein Volk gehen kann, das in hundert Schlachten seinen Lebenswillen und seine Lebensstärke erprobt hat.

Nicht an Kriepelust, nicht phantastischen Wünschen des deutschen Volkes liegt es, wenn es nicht in kürzester Frist zum Frieden kommen kann, sondern an den Wünschen der Gegner nach dem Sieg, der nach einem so langen Krieg erst recht die fürchterliche Katastrophe für das deutsche Volk bedeuten müßte. In dem Entschluß, diese Katastrophe abzuwehren, bis zum letzten Mann einig, auf die Erfahrungen des bisherigen Kriegsverlaufes gestützt, verharret das deutsche Volk in der unerschütterlichen Zuversicht, daß ein solcher Erfolg den Gegnern niemals zuteil werden wird, wie lange der Krieg auch noch währen möge. Amerika aber hat nun die Wahl, ob es für den Krieg oder für den Frieden der ganzen Welt wirken will!

### Kriegsnachrichten

#### Wilson's Antwort

Die amerikanische Erwiderung an Deutschland hat nach Keuter folgenden hauptsächlichsten Inhalt:

Die Note der kaiserlichen Regierung vom 4. Mai ist von der Regierung sorgfältig erwogen worden. Sie ist namentlich zur Kenntnis genommen worden, als Angabe der Absicht der kaiserlichen Regierung, künftig ihr Verhalten zu tun, um die Kriegsoperationen für die Dauer des Krieges auf die Bekämpfung der Streikkräfte der Kriegführenden zu beschränken, und daß sie beschlossen hat, alle ihren Kommandanten zur See die Beschränkungen aufzuerlegen, die die Regeln des Völkerrrechts anerkennen und worauf die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seitdem die kaiserliche Regierung am 2. Februar 1915 denjenigen Unterseebootkrieg angekündigt hat, der jetzt gütlich überwiegen ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldrigen Bemühungen, die kritischen Fragen, die aus jener Politik entstanden sind, und die die guten Beziehungen der beiden Völker so ernstlich bedrohten, zu einem freundschaftlichen Ausgleich zu bringen, beständig durch die Gefühle der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten verläßt sich darauf, daß jene Erklärung hinfort gewissenhaft ausgeführt werden wird. Die letzte Änderung der Politik der kaiserlichen Regierung ist geeignet, die hauptsächlichste Gefahr für die Unterbrechung der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu beseitigen. Um ein mögliches Mißverständnis zu vermeiden, hat die Regierung der Vereinigten Staaten der kaiserlichen Regierung zu wissen, daß sie sich keinen Augenblick auf die Idee einzulassen, geschweige sie zu erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinebefehle irgendwie oder im geringsten Maße von dem Verhalten einer anderen Regierung abhängig gemacht werden sollte, denn die Verantwortung mit Bezug auf die Rechte der Neutralen und der Nichtkämpfer ist etwas Individuelles und nicht Gemeinschaftliches, und etwas Absolutes und nicht etwas Relatives.

Washington, 9. Mai. (U. S. A.) Meldung des Meeresbüros. Nach Abbeantwortung der Note an Deutschland erließ Staatssekretär Lansing eine Erklärung des Inhalts, daß der größere Teil der Antwort Deutschlands Gegenständen gewidmet sei, über die die Vereinigten Staaten in keine Erörterung mit Deutschland einzutreten könnten. Der wesentliche Inhalt der Antwort sei, daß Deutschland der amerikanischen Vorstellung nachgebe, und so lange Deutschland sich nach seinen Zusicherungen richte, fänden die Vereinigten Staaten keinen Grund zu einem Streit, jedoch unsere Vorteile infolge einer Verletzung der amerikanischen Rechte durch deutsche Unterseebootkommandanten, die gemäß der früheren Politik Deutschlands handeln, sind noch zu regeln. Während, fährt die Erklärung fort, unsere Meinungsverschiedenheiten mit Großbritannien nicht den Gegenstand einer Erörterung mit Deutschland bilden können, soll festgestellt werden, daß wir in unserem Vorgehen gegenüber der britischen Regierung so handeln, wie wir mit Rücksicht auf ausdrückliche Vertragsverpflichtungen dieser Regierung zu handeln unabweislich verpflichtet sind.

Diese Antwort klingt nicht sehr rüchrichtsvoll. Nachdem die deutsche Regierung durch die Kölnische Zeitung ausdrücklich erklärt hat, daß sie Vorstellungen der Vereinigten Staaten bei England zur Aufgabe des Lushungerungsplanes nicht zur Bedingung unseres Einkaufens mache, sondern damit nur einen Appell an die so oft betonte Gerechtigkeit und Menschlichkeit der Unionsregierung gewollt habe, hätte die Erwiderung wohl einen anderen Ton erheben können. Aber für Deutschland können jetzt nicht Gefühle über fremde Sitten und Manieren, sondern nur die wohlverstandenen eigenen Interessen entscheidend sein.

#### Der Avanti über den Frieden

Der sozialistische Avanti über den Avanti bespricht ausführlich die Rede des englischen Premierministers Asquith; er sagt unter anderem: „Sir Asquith machte kürzlich Miene, im Namen des ganzen Biederbandes die Bedingungen zu bezeichnen, unter denen eine Diskussion über das Thema (des Friedens) denkbar wäre, und er nannte dabei die Niederwerfung des preussischen Militarismus als wichtiges, unbedingbares und sicheres Ziel. Die Beharrlichkeit der Vorschläge zur Niederwerfung von Seiten der Politiker und der Presse des Biederbandes ist ein ganz gefährlicher Fehler auch in bezug auf

die Ziele, die sich diejenigen setzen, die ihn begehen. Sie sind in der Tat trefflich dazu geeignet, dem deutschen Volk die Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges zur Verteidigung der deutschen Nation glauben zu machen. Auch darf die Aussicht auf „Niederwerfung des preussischen Militarismus“ als illusorisch betrachtet werden, weil die Bedingungen, die infolge eines „niederwerfenden“ Sieges auferlegt werden, stets eine außerordentliche Störung des Gleichgewichts bedeuten. Die Besiegten warten auf die erste sich bietende Gelegenheit, um sich wieder zu erheben. Und dabei behaupten die Politiker des Biederbandes, in der Niederwerfung des preussischen Militarismus die Garantie eines dauernden Friedens gesehen zu müssen! Frankreich war im Jahre 1870 mehr als besiegt, niedergeworfen, geschwächt, und trotzdem wurde der Militarismus nicht niedergeworfen, der durch Napoleon den Kleinen eine Bedrohung Europas geworden war, nicht minder gefährlich als der Prussianismus. Man bringt einen Militarismus durch einen anderen Militarismus nicht um. Dazu hat nur das Volk durch die Stärkung der staatsbürgerlichen Kräfte das Recht. Es wird stets gesagt und immer wiederholt, daß die Länder, die sich Diskussionen über den Frieden hingeben, in den Verdacht kommen, kriegsmüde, geschwächt von der Verteidigung zu sein und dadurch den Feind zur Fortsetzung seiner Offensive ermutigen. Aber es ist geradezu auffallend, wie die Tatsachen dieser Behauptung jede ernstliche Basis entziehen. Wir bemerken, daß das Land, in dem am beharrlichsten von Frieden gesprochen wird, gerade das stärkste, krieglustigste und widerstandsfähigste ist: Deutschland.“

#### Ein holländischer Minister über das Kriegsende

Der holländische Minister über das Kriegsende, Herr van der Smissen, berichtet dem Blatte über Äußerungen, die der vor kurzem zurückgetretene holländische Außenminister Treub über den Krieg und seinen mutmaßlichen Ausgang getan hat. Herr Treub glaubt nicht an eine längere Dauer des Krieges, vor allem nicht an einen dritten Winterfeldzug. Die etwa noch bevorstehende Sommeroffensive der Verbündeten würde nicht zur Befreiung Nordfrankreichs und Belgiens von der deutschen Umfassung führen. An der Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit und an der Rückgabe des von den Deutschen besetzten Gebietes zweifelt Treub nicht, aber er ist überzeugt, daß die Friedensschlüsse diese Lösung bringen wird, nachdem das Deutsche Reich die Sicherheit erlangt habe, daß ihm alle seine Kolonien wieder zurückgegeben werden. Die Veränderungen der europäischen Landkarte würden ausschließlich den Osten und den Balkan betreffen. Alle diese Kriegsergebnisse würden zwei bis drei Monaten so unabänderlich feststehen, daß niemand mehr Hoffnung haben könne, sie zu seinen Gunsten zu verschieben. Dann werde der psychologische Augenblick zur Niederlegung der Waffen für alle Kriegführenden gekommen sein.

### Politische Rundschau

#### Wir machen nicht mit!

Wie stehen die Steuerarbeiten des Reichs bis jetzt? Mit Mühe und Not ist es gelungen, die von der Sozialdemokratie angeregte Kriegsgewinnsteuer etwas zu erhöhen. Gegen die abermalige Erhebung eines Mehrbeitrags wird aber lebhaft gekämpft, und man beruft sich auf die „moralischen Bindungen“, die Regierung und bürgerliche Parteien übernommen, als sie in der seligen Friedenszeit versprochen, daß der erste Mehrbeitrag auch der letzte sein sollte. Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Erbschaftsteuerantrag ist glatt abgelehnt worden, weil man neuen Parteistreit vermeiden will, das heißt weil die Rechte noch immer auf dem ablehnenden Standpunkte steht, der schon einmal zwischen ihr und der Regierung zur Krise geführt hat.

Dafür will man den Tabak neu belasten, den Postwert sehr verteuern und hat an die Stelle des schlechten Quitturvasstempels eine nicht weniger schlechte Umsatzsteuer gestellt. Es ist der alte Kampf. Die Sozialdemokratie verlangt Steuern auf den Besitz, man antwortet mit Steuern auf Verbrauch und Verkehr! Hätten sich die Gegner der sozialdemokratischen Vorschläge die Konsequenzen klar gemacht, die ihr Verhalten für die spätere innere Politik des Reiches haben muß, so hätten sie vielleicht doch anders gehandelt. Sie scheinen sich aber noch immer in unbegreiflichen Illusionen zu wiegen, obwohl der Standpunkt der Sozialdemokratie im Parlament und in der Presse mit aller Schärfe zum Ausdruck gekommen ist. Wegen die Besitzenden und ihre Vertreter durch die Zeit beweisen, daß auch sie, so gut wie die Besitzlosen, zu Opfern an ihrem Gut bereit sind! Tun sie das nicht, so ergeben sich die Folgerungen daraus für die Sozialdemokratie von selbst. Sie tragen die volle Last der Verantwortung, und sie könnten eines Tages bemerken, daß diese Last doch viel schwerer wiegt, als die Last der vaterländischen Pflicht, die sie jetzt auf andere schwälzen bestrebt sind!

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich nicht auf diese Punkte beschränkt. Sie hat durch ihre positiven Vorschläge den Beweis erbracht, daß der errechnete Mehreinnahme durch Steuern auf die größeren Beträgen und Einkommen aufgebracht werden kann. ...

**Abänderung des Reichsvereinsgesetzes.**

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz ist dem Reichstag vorgelegt. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf die Befreiung der Vereine für die Reichsvereinsgesetzgebung (Vereine für die Einziehung der Steuern, Ausschluß Jugendlicher unter 18 Jahren) künftig nicht mehr Anwendung finden sollen auf solche Vereine (Gewerkschaften), die sich lediglich der Verbesserung des Arbeits- und Lohnverhältnisses ihrer Mitglieder zur Aufgabe gemacht haben. ...

**Neue Unterstützung der Kriegerfamilien!**

Darüber besteht kein Zweifel, daß die Unterstützungen der Kriegerfamilien bei der jetzigen Lage nicht mehr zu reichen. Die Sozialdemokraten haben deshalb zum Hausstat des Reichsamt des Innern diesen Antrag gestellt:

Den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, bei den Bundesregierungen dahin zu wirken, daß zum Zwecke einer ausreichenden Unterstützung der Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften in den Versicherungsverbänden und Gemeinen Bedarfsfälle festgestellt werden, die so zu bemessen sind, daß den Kriegerfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Lebenshaltung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstützung gesichert wird und von diesen Bedarfsfällen nur abgezogen werden darf, wenn besondere Gründe dafür geltend gemacht werden können.

Der bisher schon für die Unterstützung der Kriegerfamilien an die Bundesstaaten gewährte Zuschuß ist entsprechend zu erhöhen.

Hoffentlich wird so schnell wie möglich in diesem Sinne beschlossen.

**Gegen den Sparzwang.**

Die Verfügung einiger kommandierender Generale, wonach an Jugendliche nur noch ein Teil des von ihnen verdienten Lohnes ausbezahlt werden darf, während der Rest einer Sparskasse überwiesen werden muß, hat sich als so wenig angebracht erwiesen, daß die Befreiung dieser rechtlich überhaupt nicht zu begründenden Maßnahme unbedingt nötig erscheint. Die sozialdemokratische Fraktion hat daher in der Subjektionskommission folgende Resolution eingebracht:

Den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die von einigen kommandierenden Generalen erlassenen Verfügungen betreffend den Sparzwang für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben werden.

**Volksernährung**

**Eine Hausfrau beim Hofschlächtermeister.**

In Charlottenburg betreibt der Schlächtermeister Paul Sabinski das Geschäft eines Hofschlächtermeisters. Die Ertragung der in der Umgebung dieses Geschäfts wohnenden Hausfrauen hatte dieser Hofschlächter in hohem Maße hervorgerufen, nachdem sie die Wahrscheinung hatten machen müssen, daß Sabinski viel Fleisch einführt, aber wenig davon zum Verkauf bringt. Auf eine Anzeige hin nahm die Polizei eine Hausdurchsuchung vor, die ein sehr überraschendes Resultat ergab. Obwohl Sabinski den Beamten erklärte, seine nur unbedeutende Vorräte von Fleisch zu haben, wurden in den Kühl- und Kellerräumen 66 Speckseiten, eine Anzahl Rinderhälften, größere Mengen Schmalz und ferner in der im gleichen Hause befindlichen Privatwohnung erhebliche Vorräte von Dauerwurst vorgefunden. Während der Durchsuchung hatte sich vor dem Schlächterladen eine große Menge von Hausfrauen angesammelt, denen der Schlächtermeister bekanntgeben ließ, daß der sofortige Verkauf der vorhandenen Vorräte in die Wege geleitet werde. Sabinski mußte nun unter Aufsicht der Polizeibeamten seine künstlichen Vorräte verkaufen und den Hausfrauen zu den vorhergekauften Höchstpreisen so viel geben, wie jede verlangte. Manche Hausfrauen kauften sogar fünf Pfund Speck und noch mehr und viele behaupteten, daß sie nicht genug Geld bei sich hätten, um noch größere Vorräte einzukaufen zu können. Gegen Sabinski, der übrigens auch die Höchstpreise für Rindfleisch überschritten hat, wird ein Strafverfahren eingeleitet.

**Künstliche Bekleidung der Fischweiber.**

Das Fischweibchen des Berliner Magistrats ist nun durch die Fischhändler, wie dem Magistrat gemeldet worden ist, am 29. April an seine Wiedereinführung in Berlin, Potsdam, Prenzlauerberg, Greifswald, Stralsund und Wismar, keine Hindernisse finden. ...

... in der jetzigen Zeit. ...

**Das scharfe Vorgehen des Berliner Magistrats.**

Das scharfe Vorgehen des Berliner Magistrats kann dem berechtigten Bestreben der Berliner Bevölkerung gegen die Fischhändler, die die Nahrungsmittelzufuhr in der Hauptstadt erschweren, beigemessen werden. ...

**Wucher.**

Am „Tag“ schreibt E. Z. (Eugen Ziemer) in einer Spanns Zeit die, historisch gemessen, nur kurz sein kann, nach Beendigung nämlich des großen Krieges, werden wir an einen mühen, mühseligen Traum zurückdenken: an die Wucherlust und ihr schurkisches Treiben während des schwersten Kämpfes, den jemals unser Vaterland kämpfte. ...

Es ist das schmutzigste Geschäft, das je gemacht worden ist, und erfordert schonungslos Zugreifen der ausführenden Staatsgewalt und scharfe Strafe des Richters. ...

**Sie muß Wandel geschaffen werden.**

Wie die meisten übrigen bürgerlichen Blätter Berlins, so sieht nun auch die Germania mit ziemlicher Schärfe gegen die Ueberhandnahme der Teuerung ein. Das Blatt sagt: „Alle Maßnahmen gegen die Vertauung des Lebensunterhalts haben bisher versagt. Unaufhörlich sind die Preise gestiegen, und sie werden weiter steigen, wenn nicht kräftiger als bisher die Produktion gefördert wird. ...

**Der bayerische König empört.**

Von einer bemerkenswerten Versicherung König Ludwigs gegen den Lebensmittelwucher erzählt die „Münchener Post“ von einer Seite, die sich stets sehr gut unterrichtet nennt. ...

**Fischwucher.**

Das Volk wird nicht nur ausgewuchert, es wird auch verhungern — jetzt während des Krieges — die Preise ins Unendliche zu bringen, um sie vor der Besteuerung oder vor der Konfiskation zu schützen, die sicherlich manchen zu befürchten haben. ...

... Es ist ein sehr bedauerliches Ereignis, daß die Preise für Lebensmittel so hoch sind, wie sie jetzt sind. ...

... im Sinne des Bundesratsbeschlusses vom 20. Juli 1915, weshalb ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. ...

Es sind schon Löhne, die gegen Kapitalisten angebracht werden, und man ist dabei, den Zwischenhandel möglichst auszumergen, was von der Sozialdemokratie als notwendig angesehen wird. ...

Berlin Lebensmittelversorgung. Die Stadt Berlin hat, wie das Berliner Tageblatt hört, seit Beginn des Krieges für 170 Millionen Mark Lebensmittel angeschafft und hat ferner an 500 000 Haushaltungen Bezugskarten für Schweinefleisch abgegeben.

**Danziger Nachrichten**

**Neue Kriegsbilder**

zeigen wir im Schaufenster der Volkswacht. Buchhandlung. Auf den Schauplatz der Kämpfe um Belyun führt die Darstellung einer geschaffenen Eisenbahnstation in der Borezerebene. Eine andere Photographie zeigt deutsche Soldaten unter den Birkendäumen der blutigen Champagner. ...

**Die Volkswacht als Liebesgabe.**

Keine größere Freude kennt der Soldat im Felde und in der Etappe, als wenn er ein Lebenszeichen aus der Heimat erhält. Briefe machen ihm natürlich die größte Freude. Aber sie sind schnell gelesen und unterrichten meist nur über die engen familiären Verhältnisse. Die notwendige Ergänzung auch zu der häufigsten Briefverbindung ist die Zeitung. ...

Aus vielen Zuschriften aus dem Felde wissen wir, daß auch unsere Volkswacht sehr gern gesehen ist. Viele Freunde haben sie sich bereits bestellt und wir sind überzeugt, daß sie auch durch die Angehörigen in erheblicher Anzahl ins Feld geschickt wird. ...

Spricht darum die Volkswacht hinaus ins Feld, in die Etappen, in die Lazarett und ins Heer. Das Lesen sozialdemokratischer Zeitungen ist dem Soldaten gestattet, und niemand braucht zu fürchten, daß die Empfänger Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden.

Unsere Geschäftsstelle nimmt jederzeit Bestellungen entgegen.

**Teilzahlungen für Bücher.**

Unser Verlag hat sich entschlossen, den organisierten Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern den Erwerb guter Werke, deren einmalige Bezahlung zu schwer fallen würde, möglichst zu erleichtern. Zunächst will er Werke unserer großen deutschen Klassiker Goethe und Schiller, dann auch die Heines und Keuters in guten Ausgaben zu dem ungewöhnlich billigen Preise von 4 Mark abgeben. ...

Ausstellung Obi- und Gemüseloff. Am Dienstag abend fand in den städtischen Haushaltungsschulen Neu-Schiffelahn und Rittergasse praktische Kochführungen statt, die von der Gewerbeausbildungsschule Danzig-Langfuhr veranstaltet wurden.

Danzigs Ernährung im Rathaus

Die städtische Lebensmittelversorgung beschäftigte die Stadtverordnetenversammlung am 9. Mai wieder 2 1/2 Stunden lang. Die Väter der Stadt interessierten sich dafür in solchem Umfang, daß die Versammlung gerade beschlußfähig war. Im Mittelpunkt der Erörterung standen wieder längere Ausführungen des Oberbürgermeisters. Von der sonst von ihm zur Schau getragenen Sicherheit und Energie war darin jedoch weder formell noch inhaltlich viel zu merken. Mit Hoffnungen, Erwartungen, Erwägungen und Vermutungen, die er in reichlicher Fülle brachte, läßt sich die Stärke der städtischen Organisation in dieser jetzt wichtigsten Frage der Bevölkerung auch kaum beweisen. Man hörte leider immer wieder zu stark die Furcht vor dem städtischen Eigenbetriebe und der Ausschaltung privater Unternehmer heraus. Selbst eine Schweinemastanstalt soll an Unternehmer vergeben werden! Oberbürgermeister Scholz bekämpfte städtische Schlachtungen sogar mit der ganz veralteten Behauptung, daß die Stadt dabei teurer wie ein privater Unternehmer arbeiten würde! Wenn dies jetzt zutreffend wäre, würden dann etwas höhere Kosten nicht reichlich dadurch aufgewogen werden, daß das Fleisch nicht in die Hände privater Interessenten gelangt? Das Lob der bürgerlichen Presse, die diesmal, so die Danziger Zeitung, von einer großangelegten und ausgiebig erspäpften Rede spricht und, wie die Neuesten Nachrichten in voriges Mal von einer seltener Rede mit glänzender Beherrschung des Stoffes sprach, ist einfach nicht zu verstehen. Gegen die schwerwiegende Kritik des Sachverständigen der Militärverwaltung, Herrn Rechtsanwalt Zander, sagte der Oberbürgermeister auch jetzt nichts. Zanders Grundforderung, man solle sich im Magistrat endlich der großen Bedeutung der Ernährung einer Bevölkerung von 200 000 Köpfen bewußt werden, entsprach er aber leider noch weniger. Auch das Staunen desselben Kritikers darüber, daß man den Kauf von Lebensmitteln für 312 000 für eine Großstadt schon als bedeutend ansehe, veranlaßte Scholz zu keiner Erwiderung. Er wendete sich auch nicht gegen unsere Feststellung bezüglich seiner Neukerung gegen diejenigen, die vor den Läden warten müssen. Damit beställigte er unsere Darstellung und widerlegte die der Neuesten Nachrichten.

Wir sind mit gutem Recht erfreut darüber, daß unsere Anregung auf Schaffung eines städtischen Hühnerhofs allseitig anerkannt wurde. Wir bedauern jedoch zugleich, daß wir auch diese Anregung erst ins Rathaus hineinbringen mußten. Stadtd. Fuchs, der Verleger der Danziger Neuesten Nachrichten, wiederholte so ziemlich die von uns schon widerlegten Ansichten seines Blattes. Trotdem war es im Kriege wohl kaum gerecht, als er behauptete, daß der einsichtige Teil der Bevölkerung durch die letzte Verhandlung davon überzeugt worden sei, daß von der Stadt das menschenmögliche zur Lösung der Ernährungsfrage geschehen sei. Die vom Oberbürgermeister mitgeteilte dauernde Prüfung der Danziger Fleischmeister nach versteckten Waren ließe sich einwandfreier denken, wenn sie nicht allein durch einen früheren Großschlachtermeister, der doch immer mehr oder weniger Interessent ist, sondern auch durch einen unabhängigen Gefellen erfolgen würde. Neukerker wies darauf hin die Meinung des Oberbürgermeisters, daß die Fischnachfrage bei der Bevölkerung nicht so heftig sei, wie man das an der Seelüste erwarten müßte.

Scholz weiß doch am besten, wie reizend die städtischen Breitlinge verbraucht worden sind. Zu hohe Preise beweisen gewiß nicht die Abneigung unserer Bevölkerung gegen Fische. Die grundlegende Vermischung zwischen Geschmack und wirtschaftlicher Kaufkraft sollte schließlich auch im Rathaus nicht mehr verzeihlich sein. Die Danziger Hausfrauen wissen wohl schon längst, daß Flundern nicht bloß gebraten, sondern auch gekocht sehr gut schmecken. Warum teilt der Oberbürgermeister aber nur als Ueberraschung in einer Rede mit, daß das Pfund Flundern auf dem Fischmarkt für 10 Pf. zu haben ist? Sobald diese Billigkeit rechtzeitig bekannt gemacht wird, werden die Flundern genau so wie die Breitlinge weggekauft werden. Der Höchstpreis für Flundern beträgt aber pro Pfund 40 Pf. und für frische Heringe ist er gar noch an demselben Tage, an dem Scholz redete, von 30 auf 35 Pf. erhöht worden! Von der schon längst angekündigten Beschlagnahme der Fische für die Stadtverwaltung hat die Bürgerschaft auch mit Recht stark ermäßigte Preise erwartet. Sonst bleibt die ganze Maßnahme ein Schlag ins Wasser. Uebrigens gibt es einen wirklichen städtischen Verkauf dieser Fische überhaupt noch nicht. Sehr widerspruchsvoll äußerte sich der zur Zentrumsparthei gehörende Armenarzt Dr. Thun. Einmal sah er in den Anstimmungen vor den Läden eine Gewissensmahnung für diejenigen, die unberechtigt hohe Preise nehmen. Dann forderte er doch das polizeiliche Verbot gegen die dort Stehenden. Ob dies Verbot nützen und die Stimmung der ohne Nahrungsmittel bleibenden Bevölkerung günstig beeinflussen würde, daß man wohl bezweifeln. Bezeichnend war, daß zwei Ärzte, sowohl Dr. Thun wie auch der sehr angesehene Dr. Pievin, sich gegen die Ueberschätzung von Spargel und Gemüse als Nahrungsmittel wendeten. Wesentlich kämen hierfür nur Hülsenfrüchte in Frage, für die die Stadt aber nicht gesorgt habe. Wenig angenehm mußte die Behauptung auffallen, daß unter denen, die sich vor den Läden anstimmeln, nicht wenige sein sollten, die sich für die gekauften Waren besondere Aufschläge zahlen lassen. Zuerst wurde diese Beschuldigung am 8. Mai im Bürgerverein von dem Redakteur Franke der freisinnigen Danziger Zeitung aufgestellt. Sie wird durch ihre Aufstellung aber noch lange nicht als wahr erwiesen. Und es gäbe keinen größeren Fehler, als den, mit dieser Erklärung an dem großen Ernst dieser Anstimmungen vorüber gehen zu wollen. Schon die häufige Betonung dieses Erklärungsverluches kann auf die vorwiegend betroffenen Teile der Bürgerschaft nicht günstig wirken. Wer die Scharen von Frauen, sogar Schwangeren, Greisen und Kindern vorurteilsfrei stehen sieht, kommt niemals auf den absurden Gedanken, daß es sich auch nur um einen kleinen Teil geriebener Spelulanten handelt. Mehrere Stunden, um die es sich meistens handelt, Zeitopfer würden von den im besten Falle gemonnenen Pfennigen unmöglich aufgewogen werden können. Bei der Behandlung der Fischfrage fällt uns noch auf, daß der gute Vorschlag des Stadtverordneten Nitz, die toten Fische nach 11 Uhr vormittags billig an die ärmere Bevölkerung zu verkaufen, beim Magistrat gar keine Gegenliebe gefunden hat. Mehr sonderbar als erfreulich war die Erregung des Bürgermeisters Dr. Baill gegenüber der Behauptung des Stadtverordneten Brunzen, daß er die Tätigkeit der Stadt in der Lebensmittelversorgung für einwandfrei gehalten habe. Der Bürgermeister beteuerte feierlich,

daß er, ebenso wie der Oberbürgermeister, daran sogar noch viel auszusetzen habe. Der Sichtbild der Debatte war sogar, daß der Oberbürgermeister selber auch erst angekündigte, nämlich städtische Kriegswurst für 40 Pf. das Pfund. Hoffentlich ist sie ebenso gut wie billig und erfreut die Bürgerschaft recht lange.

Die Debatte brachte folgende Ausführungen:

Stadtd. Fuchs: Die erste Ausprache habe in der Bürgerschaft befreit. Der einsichtige Teil des Publikums sei davon überzeugt, daß von der Stadt das menschenmögliche zur Lebensmittelversorgung geschehen sei. Es seien allerdings auch Fehler, sogar große Fehler, gemacht worden. Es fehlte eben an Personal und Ware. Aber es nütze nichts, heute über frühere Fehler zu reden. Es müßte weiter gearbeitet und die Organisation so ausgebaut werden, daß sie den notwendigen Ansprüchen genüge. Die Auswüchse, vor allem das Stehen vor den Läden, müßten beseitigt werden. Schon um 10 Uhr abends beginne die Belagerung der Läden. Hoffentlich helfe dagegen der in Aussicht gestellte Verkaufsplan des Magistrats. Besser wäre, daß der Magistrat sich nicht auf die Speiseshallen beschränke, sondern auch die anderwärts gut bewährten Gulaschstationen fahren lasse. Dadurch könne das Essen in den Familien verzehrt werden. Vielleicht sei die von Professor Kubner vorgeschlagene größere Zentralisierung des Küchenbetriebs das Beste. Es sollte aber nicht, nach dem Wunsche dieses Gelehrten, dahin kommen, daß die Militärverwaltung die Ernährung regelt. Da die Preise für Wild ungemein niedrig seien, sollte der Magistrat sich mit Jagdpächtern verständigen. Der von außerhalb des Hauses (von uns! Med. Volkswacht) gemachte Vorschlag eines städtischen Hühnerhofes sei sehr beachtenswert und sollte möglichst bald ausgeführt werden. In den Geschäften, wo die städtischen Eier jetzt verkauft werden, sei die Bedienung vielfach ungenügend, wodurch der Verkauf unnütz erschwert werde. Im übrigen sei das Durchhalten Deutschlands bei der guten Ernte sicher.

Oberbürgermeister Scholz: Seit der letzten Sitzung habe der Magistrat geprüft, ob er eine städtische Trocknungsanlage einrichten solle. Zu einem früheren Ergebnis sei er aber noch nicht gekommen. Es bestehe aber die Absicht, mit einer größeren Firma vertraglich abzusprechen, um für die Stadt Kartoffeln und Gemüse trocknen zu lassen. Auf öffentliche Aufforderung hätten sich zwei Herren als städtische Vertrauensmänner zur Beratung in Kartoffelangelegenheiten gemeldet. Mit einem Sachverständigen hätten diese in Uebereinstimmung mit einem Sachverständigen der Landwirtschaftskammer sich gegen den Bau weiterer städtischer Kartoffeltrockner erklärt. Für die jetzt anstehenden Kartoffeln sei bis August ein Speicher gemietet. Im Herbst sollen sie in Kellern in der Stadt, wo sie frostfrei bleiben, eingelagert werden. Auf dem Grundstück am Bürgerschützenhaus soll hohe Erdmieten angelegt werden, aus denen die Keller ausgefüllt werden sollten. Die beschlossenen Fleischarten seien nur durch den Druck noch verzögert worden. Sie würden hoffentlich die Aufkäufe vor den Geschäften überwinden helfen. Wegen der Beschaffung von Wildfleisch werde die Anwerbung von Fuchs beachtet werden. Die Fleischverteilung auf dem Schlachthof geschehe noch immer nicht ohne Schwierigkeiten. Bei der Fleischversorgung trage die Stadt nicht allein die Schuld, es machten eben auch noch andere Leute Verordnungen. Sehr eingehend habe der Magistrat städtische Schlachtungen beraten. Es würde dabei aber große Verteuerung entstehen, weil der Magistrat das Personal nicht so gut ausbilden könne. (Berücksichtigt denn der Oberbürgermeister gar nicht den erheblichen Vorteil durch den Wegfall des Untermehrer Profits? Red.) Der Magistrat würde aber weiter prüfen. Schwierig würde die städtischen Schlachtungen auch die Kontrolle auf dem Schlachthof sein. Eine städtische Kriegswurst für 40 Pf. das Pfund sei schon versucht und werde eingeführt werden. (Autes Gedächtnis.) Machen Sie nicht, sondern probieren Sie erst. In großen Mengen für die ganze Bevölkerung könne diese Wurst aber nicht hergestellt werden. Es sei zunächst nur ein Experiment ge-lungen; er wolle also nicht sagen, daß jetzt alle Bürger städtische Wurst essen würden. Gelegentlich der Einführung der Fleischkarte wurde häufiger nach dem Vorbilde von Süddeutschland die Abgabe des von den Knuden gelösten Fleisches empfohlen. Ein Beschluß sei jedoch nicht gefaßt. Mit einer großen Firma werde darüber verhandelt, daß sie hier eine große Schweinemastanstalt einrichten solle. Abgeschlossen sei der Vertrag, doch nach

Heimat

Ich hab' es lange nicht gewußt, Was Heimat sei und Vaterland. Sprach's einer mit durchglühter Brust, Wink ich nur spöttlich mit der Hand. Von meiner Tage Not gewürgt, Sprach ich mit höflicherem Mund: „Nicht einmal hat für mich gebürgt De. Heimat hochgepreister Grund.“

Hab' keinen Vider, und mein Feld Ist einer Kammer Diebstahl. Mit wuchs aus keiner eignen Welt Der Scholle harter Bauernast. Wenn ich im Sonntagsfrieden ging Aus wälderfrohe Land hinein, Mein Herz ein höfles Weh empfing Durch, das Gefühl: Es ist nicht dein!

Es ist nicht dein, was ringsum blüht, Es ist nicht dein, was ringsum w. hst. Bist aus dem nächtlichen Geblüt, Das nur für andere sch. und ach! Und fremd war mir, was mich umgab, Und blühend stand und rauschend floß, Weil es in Fremdheit wie ein Grab Mein helles junges Sein umschloß.

Da kam des Krieges rote Flut — Ich hörte wir die Erde schrie: „Du bist mein Fleisch, du bist mein Blut, Steh auf, steh auf und danke sel! Ein Kanjchen sprang in meiner Brust Empor und wurde wilder Stand. — Auf einmal wurd' es mir bewußt, Was Heimat heißt und Vaterland.“

Milons Begold.

Danziger „Theaterkunst“ 1915/16

Am 2. Mai schloß das Danziger Stadttheater mit Hauptmanns Versunkene Glocke seine diesjährige Spielzeit. Die letzten Abende brachten uns noch Lebens liebeswürdiges Lust-Drama Gipsenier und Freytags lebenswürdiges Lustspiel Die Journalisten. Es war, als ob uns diese letzten

Abende für alles entschädigen sollten, was wir in dieser Spielzeit haben entbehren müssen und noch mehr für das, was uns geboten wurde. Es ist in diesen Kriegsmonaten sehr häufig behauptet worden, daß der Krieg uns von allem Verdorbenen, Schlechten und Gemeinen im Volksleben, in Kultur und Kunst befreit habe. An unserem Stadttheater haben wir allerdings von einer künstlerischen Wiedergeburt nichts bemerken können. Die Stücke, die uns während des Krieges beschert wurden, hätten wir, ohne künstlerische Einbuße zu erleiden, gut entbehren können. Schon die vorige Spielzeit brachte das kriegerische Spektakelstück Immer feste druff, eine widerliche Mischung von schlecht nachgemachter Kriegsbegeisterung und plumper Nüchtheit. Das Zugstück dieser Spielzeit war die ziemlich gleichwertigen Extrablätter, die es bis auf über 25 Aufführungen brachten. Eine Varietébühne wäre für diese Pöffe eine passendere Aufführungstätte gewesen.

Der Spielplan hatte schon dadurch eine bedauerliche Einschränkung erhalten, daß die Oper vollständig ausgeschaltet wurde. Wenn es auch der Kriegsverhältnisse wegen einigermäßen verständlich gewesen wäre, daß Wagner und Strauss nicht gespielt werden konnten, so hätte doch mindestens die Spieloper gepflegt werden müssen. Das ist auch in anderen Städten möglich gewesen, die lange nicht die Größe und Bedeutung Danzigs haben. Durch die fast den ganzen Spielplan beherrschende Operette verlor das Stadttheater ganz seinen Charakter als Kulturstätte und wurde zum reinen Geschäftsunternehmen mit allen seinen Schattenseiten. Man wende nicht ein, daß das Publikum in der ersten Zeit nach leichter Unterhaltung verlangte. Wenn bei guten Stücken die Eintrittspreise nach Möglichkeit erniedrigt würden, könnten auch dann sicher volle Häuser erzielt werden. Verständiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Arbeiter-Bildungsausschusses hätte nicht nur direkt den Theaterbesuch gefördert, sondern auch für die Zukunft ein größeres Publikum für den besseren Kunstgeschmack erzogen. Selbstverständlich sollen auch die leichte Muse und der Humor zu ihrem Recht kommen; nur dürfte nicht solch albernes und plattes Zeug geboten werden, wie es leider in dieser Spielzeit zu häufig geschehen ist. An musikalisch wertvolleren Operetten wurden nur wenige gegeben, wie Fledermaus, Zigeunerbaron, Wiener Blut und Schöne Helena. Dazu noch einige erträgliche, wie Gasparone, Obersteiger, Lustige Witwe.

Nach über des Schauspiel ist leider fast nichts Günstiges zu sagen. Klassiker wurden sehr wenig gespielt. In früheren

Jahren war es Sitte, fast jeden Sonnabend eine gute Klassiker-Vorstellung bei ermäßigten Preisen zu bieten. Stets fanden diese Vorstellungen ein zahlreiches und dankbares Publikum. Das diesjährige Schauspiel bot neben 4 Dutzend eigentlichen Klassikern nur einige Stücke von literarischem Wert wie Kolberg von Heise, Die Quixos von Wilbenbruch, Heimat und Stein unter Steinen von Sudermann, Die Siebzehnjährigen von Dreier, Flachsmann als Erzieher von O. Ernst und Nachtschl von Gorki. Dazu noch als dramatische Neuheiten Schönherers dämonischer Weibsteufler, der nach drei Aufführungen von der Zensur verboten wurde, Nitzners Spielmannsdrama Narren-glanz und des nordischen Frauenhassers Strindberg Ehe-drama Frau Margit und einige wenige bessere Unterhaltungsstücke. Damit ist der dramatische Spielplan von 1915/16, soweit er einer Erwähnung wert ist, erschöpft.

Selten ist er wohl so kredlich dürftig gewesen, wie in diesem Kriegswinter. Auch die bürgerliche Presse Danzigs, mit bezeichnender Ausnahme der Neuesten Nachrichten, findet für den schwindenden Theaterdirektor Grünher keine Worte der Anerkennung und des Lobes; auch sie erhofft eine bessere Zukunft. Die Neuesten Nachrichten meinen jedoch, daß man nicht nur tadelnd der letzten Jahre der Vera Grünher, sondern auch des besseren Anfanges Gedankten möge. Ihr —U.Kritiker sucht sogar den besondern Tiefstand der letzten Grünherischen Periode in „den personellen Erschütterungen des Ensembles“. Dieser Bericht ist schon darum ganz irreführend, weil der neue Direktor auch das männliche Personal bereits lückenlos engagieren konnte. Erheblich erstaunlicher ist doch die gute Hälfte jener Kritik sich gegen die Utopisten wendet, die die Bühne lediglich künstlerisch wirken lassen wollen. Kein Wunder, daß diese Logik recht widerspruchsvoll, in der Form sehr belehrend, vorgebracht wurde und ihr nach einigen Tagen die wertvolle Mitteilung folgte, daß der hier ausgefallene Direktor Hoffkeid-Bosen, nicht bloß geborener Danziger, sein 25jähriges Direktionsjubiläum feierte. Gerade aber die Tatsache, daß das Stadttheater nach den guten Spielzeiten von 1906/07/08 den Tiefstand von 1914/15/16 erreichen konnte, zeigt doch, wie sehr wir mit der Forderung recht hatten, daß ein Stadttheater niemals ein Geschäftsunternehmen sein dürfe.

Möge uns die Tätigkeit des neuen Direktors Schaper, von dem wir ja nach den bisherigen Erfahrungen nur Gutes erwarten können, mehr Anlaß zum Lobe als zum Gegenstand geben.



volle Verhüllung der künftigen Frau. Der Koran schreibt nur die Verhüllung des Hauptes vor. Mohammed behauptet auch nicht, daß die Frau nicht ihre Füße zeigen könne. Die Oberlippen seien ebenfalls nicht etwa Büschelhaare, sondern allerdings meist von ihren Eltern gestrichelte Frauen, die jedoch hoch geschätzt würden. Die Eurawer, die ein hoher Würdenträger meist als Kommerzherrn ohne Schlüssel bezeichnet, nahmen eine besondere Stellung als Hüter des Harem ein und spielten nicht immer die beste Rolle. Auch die türkische Frau strebe nach höherer Entwicklung. Im Kriege betätigten sich schon viele opferfreudig im Roten Halbmond und auf andern Gebieten. Für deutsche Lehrerinnen bietet deshalb die Türkei die besten Aussichten.

## Aus Westpreußen

In Elbing zerstörte ein Großfeuer den Dachstuhl des Hauses Junkerstraße 9. Der Schaden ist beträchtlich.

93 Bullen 141 270 Mark. Am Freitag fand, nach der Elbinger Zeitung, in Danzig die 53. Auktion der Westpreussischen Herdbuchgesellschaft statt. Zur Versteigerung gelangten 93 Bullen, die insgesamt 141.270 Mark brachten. Das einzelne Tier erreichte also einen Durchschnittspreis von 1519 Mark. Den teuersten Preis erzielte ein 1 1/2-jähriger Bulle des Gutsbesizers Esß aus Schloß Kalthof mit 4040 Mark. Zwei Schlachtbullen wogen je 25 Zentner. Der eine von ihnen brachte 2100 Mark. 19 Kühe und Färse wurden für 20.010 Mark verkauft. Der Durchschnittspreis war hier 1053 Mark. Eine 9 Jahre alte Kuh und eine 2 1/2 Jahre alte Färse brachten je 1450 Mark, eine elf Jahre alte Kuh 1400 Mark. Das sind Preise, die in Westpreußen noch niemals gezahlt worden sind, wie selbst landwirtschaftliche Zeitungen zugestehen.

100 000 Mark Schaden verursachte ein Großfeuer, das in Neumark die Dampfschneidmühle des Baugewerksmeisters Bauer vernichtete.

1000 Mark Geldstrafe für Petroleumwucher. Der Kaufmann Auolj Selbiger in Tuchel verkaufte bis in den Januar d. Js. hinein Petroleum mit 40 Pfennigen pro Liter, obwohl der Höchstpreis nur 32 Pfennige betrug. Das Schöffengericht in Tuchel verurteilte ihn dafür zu 300 Mark Strafe. Die Königer Strafkammer erhöhte die Strafe auf 1000 Mark. Der Staatsanwalt hatte 2000 Mark beantragt.

Wegen übermäßigen Verzehr von Hazer verurteilte die Strafkammer in Königsberg den Besitzer Tempin aus Abbau Rosenfelde zu 1000 Mark Strafe.

## Gewerkschaftsbewegung

### Einigung im Baugewerbe

Aus Berlin meldete Wolffs Telegraphen-Bureau am 5. Mai: Die am 2. d. Mts. im Reichsamt des Innern wieder aufgenommenen Verhandlungen wegen der Tarife im Baugewerbe haben zwischen den Verhandlungsausschüssen der beteiligten Berufsverbände eine Einigung erzielt, dahingehend, daß diese Ausschüsse ihren Verbänden empfehlen, daß der Reichstarifvertrag vom 27. Mai 1913 bis zum 31. März 1917 fortzulaufe, und wenn der Krieg bis zum 31. Dezember 1916 nicht gänzlich beendet ist, bis zum 31. März 1918 weiterläuft. Ueber die Stellungnahme der Verbände bezüglich der zahlender Kriegszulagen soll dem Reichsamt des Innern bis zum 1. Juni d. Js. berichtet werden.

## Aus der Partei

### Die Einheit der Partei

Genosse Franz Krüger-Berlin, der früher in Königsberg Arbeitersekretär war und sich dort besonderen Ansehens erfreute, schrieb am 27. April in der Königsberger Volkszeitung unter der Ueberschrift Die Einheit der Partei u. a. sehr zutreffend:

Also abgesehen davon, daß die Spartacus-Gruppe, die hinter dem Flugblatt steht und offen die Parteispaltung fordert, einen sehr erheblichen Teil der Opposition ausmacht, man muß sich wirklich wundern, woher die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft noch immer den Mut zu der Behauptung hernehmen, sie seien „unerschütterlich“ für die Einheit der Partei. Welche politischen Säuglinge glauben jetzt noch daran? Wenn man allerdings die Einheit der Partei so auffaßt, daß die Opposition mit der Parteimehrheit in einer Organisation vereinigt ist, dann kann man zugeben, daß die Arbeitsgemeinschafts-Opposition noch immer die Einheit der Partei wahrt. Aber seit wann sehen wir denn in der Organisationsform das höchste Ziel der Parteieinheit? Ich habe bisher immer geglaubt, daß es viel mehr auf die Einheitlichkeit des Handelns, auf die Einheit der Partiaktionen ankommt. Wenn wir jedem Abgeordneten, und in Konsequenz davon jedem Parteigenossen, das Recht zugestehen, das zu tun, was seine „Ueberzeugung“ verlangt, ja, was er selbst überhaupt noch? Denn wenn in dem jetzigen Falle die Minderheiten für sich das Recht in Anspruch nehmen, ihre persönlichen Ueberzeugungen über die Einheit der Partiaktion zu stellen, weil es sich um eine „so wichtige“ Frage handelt, so kann dasselbe natürlich in jedem anderen Falle gesagt werden. Denn ob dieser Standpunkt berechtigt ist, soll ja nicht, wie bisher, die Partei nach demokratischem Mehrheitsbeschluß entscheiden, sondern nach dem Willen der Opposition der „Arbeitsgemeinschaft“ (Haase-Gottschalk) entscheiden darüber jeder Einzelne selbst. Ob man sich einem späteren Parteitag fügt, ist dann Nebensache, wenn man bereits vorher die Partei zerstückt hat.

Das selbständige Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft im Reichstage war also bereits der erste große Vorstoß gegen die Einheit der Partei. Alle Beteuerungen der Opposition, sie sei „unerschütterlich“ für die Einheit der Partei, sind daher nichts weiter als Verhuche, den Teilbestand zu verschleiern und unter diesem Deckmantel die Zerstörung der Parteieinheit umso ungezügelter betreiben zu können.

Parteien. Nicht nur die Spartacus-Gruppe, auch die Opposition Haase-Gottschalk zerstückt die Parteieinheit, denn sie vernichtet die Einheitlichkeit der Partiaktion. Das ist auch deshalb nicht irreführend und wahr die wirkliche Einheit der Partei!

Zur dies warnt der Genosse Haase schon am nächsten Tage in dieser Weise:

Von Franz Krüger-Berlin veröffentlichte die „Königsberger Volkszeitung“ gestern, just zur rechten Zeit, einen Artikel „Die Einheit der Partei“, den alle Parteigenossen, die nicht ganz griesgrämig geworden sind, mit stiller Heiterkeit aufgenommen haben werden. Wer hätte das erwartet? Genosse Franz Krüger-Berlin, vor kurzem noch als Franz Krüger-Königsberg einer der Streikbarben unter den Radikalen, tritt als strenger Richter gegen die „Vertreter der schärfsten Konart“, als Beschüßer des Parteivorstandes in Berlin gegen den bösen geschäftsführenden Ausschuß des Bezirksverbandes Ostpreußen auf. Freilich, die Rolle steht ihm noch nicht ganz

Zuzustimmen ist ihm jedoch in dem Schluß seines Artikels, der allerdings sehr bezeichnenderweise ganz nach Art behördlicher Instanzen in einen Ausruf, eine Mahnung und

## Kriegspflichten!

heiligste Pflicht der Arbeiter und der Frauen in diesen erckten Zeiten ist es, den von ihnen selbst geschaffenen Organisationen die Treue zu bewahren.

Ein jeder organisierte Arbeiter fülle in den Organisationen die durch den Krieg gerissenen Lücken aus; werbe nach besten Kräften für die Arbeiterorganisationen!

**Halte Treue, tretet ein in die sozialdemokratische Partei, in die Gewerkschaften und in die**

**Genossenschaften!**

## Werbet

**Abonnenten der Volkswacht**

Das sind die wichtigsten Kriegspflichten aller Arbeiter und der Frauen; helfe dadurch den Frieden bereiten!

Warnung, ausklingt: es gibt in der Tat, die wirkliche Einheit der Partei zu wahren. Genosse Krüger befindet sich auch auf dem rechten Wege, wenn er die Frage aufwirft: „Seit wann sehen wir denn in der Organisationsform das höchste Ziel der Parteieinheit?“ Hier macht er indes einen Sprung. Ist die Form nicht das höchste, so ist es der Geist, und darum handelt es sich in der Tat, die Partei mit dem alten sozialdemokratischen Geist zu erfüllen. Wer sich dieser Aufgabe entgegenstellt, stört die wirkliche Parteieinheit. Niemand darf das Recht für sich in Anspruch nehmen, sich über den obersten Willen der Partei, wie er in den Parteitagsschlüssen verkörpert ist, hinwegzusetzen, auch eine Fraktionsmehrheit nicht. Wer dies tut, arbeitet den Parteizerstörern in die Hände.

Wie ist es nun möglich, daß ein so scharfsinniger Jurist den Kern der Ausführungen Krügers so gegenständig darstellen konnte, wie es hier geschehen ist? Mißverständlich sind es Darlegungen doch gewiß nicht. Den Sprung, den Haase macht, macht er nur selbst. Auch der kühnste Logiker kann aber die Selbstverständlichkeit nicht widerlegen, daß, allerdings bei gemeinsamer Ueberzeugung, auch die Betätigung des Geistes nur in gemeinsamer Beschlussefassung und nicht in anarchytischer Eigenbrödelei erfolgen darf.

### Einheit in Form und Geist

Diese Forderung erhebt Genosse Franz Krüger in der Königsberger Volkszeitung vom 4. Mai als Antwort auf die ihm durch Haase gewordene äußerst unzulängliche Erwiderung. Er bedauert wie wir, daß Haase aus diesem ersten Anlaß von der stillen Heiterkeit reden konnte, die er empfinden haben will. Dann beweist er, schlagend, daß es gar keinen schlüssigen Umlerner gibt als Haase, obwohl er sich fortgesetzt als den gramtesten Bekämpfer der gleichen Grundzüge und Taktik vorstellt. Auf dem Magdeburger Parteitage 1910 führte Haase gegen den inzwischen gefallenen Genossen Ludwig Frank u. a. Mannheim aus:

„Nun hat uns Frank ein Mittel empfohlen, wie man den Frieden herstellen kann. Er verlangte Rücksicht auf eine immerhin konsente Minderheit, die anderer Auffassung ist. Frank kann überzeugt sein, daß die Mehrheit auf das sorgfältigste und gewissenhafteste die Gründe der Minderheit jederzeit erwasen hat, und daß wir, daß insbesondere der Parteivorstand und der Referent selbst sich nicht leichtfertig über die Bedenken der süddeutschen Genossen hinwegsetzten. Aber was er gefordert hat, führt doch zu etwas ganz Paradoxem. Er will, daß die Mehrheit ihre Entschlüsse preisgeben soll zugunsten der Minderheit. Das heißt geradezu, uns in eine verkehrte Welt einzuführen. Genosse Frank hat vollständig verkannt, daß jede auf freier Vereinbarung beruhende Gemeinschaft das Grundgesetz des eigenen Lebens gestaltet, in Abweichung von den Beschlüssen der Mehrheit zu handeln.“

Was damals als Genosse Haase als der Umlerner des Lebens der Sozialdemokratie bezeichnet, soll jetzt nicht mehr gelten, wo er sich einmal in der Minderheit befindet. So steht Haase, der Umlerner, aus!

Anstatt daß die Sozialdemokratie jetzt ihre ganze Kraft zusammenfaßt, um für einen baldigen und dauernden Frieden zu arbeiten, um für die Milderung der wirtschaftlichen Noth des Volkes zu wirken, um das Proletariat einig und kampffähig in die Zeit nach dem Frieden zu führen, da zerstört die Minderheit die Einheit der Parteiorganisation, die Einheit der Partiaktion, da vernichtet sie den alten sozialdemokratischen Geist und lähmt die Kraft der Arbeiterbewegung. Das Böse gehen derer um Vieles nicht und Haase untergräbt die Grundmauern der deutschen Sozialdemokratie. Niemand verkennt weniger als ich, was Männer wie Haase der Partei bisher geleistet haben. Aber keine noch so großen Leistungen geben einem Parteigenossen ein Recht auf Duldung seines parteischädigenden Verhaltens. Schärfer Kampf dagegen ist jetzt die heiligste Pflicht jedes ehrlichen Parteigenossen!

### Die Königsberger Gewerkschaftsvorstände gegen Haase

Am 3. Mai nahmen die Vorstände der freien Gewerkschaften in Königsberg gegen den ihnen vom dortigen Sozialdemokratischen Verein gemachten Vorwurf Stellung, daß sie durch die Ablehnung der Haaseschen Fraktionspolitik ihre Zuständigkeit überschritten hätten. Nach dem Referat des Ratelvorstandes, Genossen Schmidt, wurde eine Resolution mit der auffällig großen Mehrheit von 56 gegen 14 Stimmen, bei nur zwei Enthaltungen, beschlossen, in der es heißt:

Die Vorstände der Königsberger freien Gewerkschaften protestieren gegen diese Unterstellungen und erklären die gegen die Gewerkschaften erhobenen Beschuldigungen für unrichtig und unzutreffend. Die theoretische Klärung über politische Zeit- und Streitfragen ist niemals ausschließliches Recht der Parteiorganisationen gewesen und dürfte es auch in Zukunft nicht sein. Durch eine solche Betätigung werden keineswegs Parteistreitigkeiten weder in die Gewerkschaften hineingetragen noch entschieden.

Dessen ungeachtet erblicken die Gewerkschaften grundsätzlich in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Interessenvertretung, in deren Willensausdruck findet durch die Beschlüsse der Parteimitglieder und der von diesen eingesetzten Instanzen, nicht zuletzt auch durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Partei kennt in ihren Satzungen nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion, und auch nur diese, aber keine Sonderfraktion kann als parlamentarische Vertretung gewerkschaftlicher Arbeiterinteressen für die Gewerkschaften in Betracht kommen.

Diese Ueberzeugung wird gestützt durch das Abkommen zwischen Partei und Gewerkschaft vom Jahre 1906 in Mannheim und durch den einstimmigen Beschluß der Vorländerkonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände vom 5./7. Juli 1915, der in seinem entscheidenden Teil folgenden Wortlaut hat:

„Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.“

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften erschaffen haben und erstreben.

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinne allen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegenzutreten.“

Diese, durch das oben bezeichnete Abkommen und des vorstehenden Beschlusses geschaffene Grundlage wird auch für die Königsberger Gewerkschaften die Richtlinie ihres Handelns sein, selbst dann, wenn es der hiesigen Parteileitung und ihren Führern, die im Dienste der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehen und somit zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung beitragen, nicht gefällt.

### Berliner Verwirrung

Der an der Redaktion des „Vorwärts“ beschäftigte Genosse Dr. Meyer hatte die Parteiorganisation schriftlich und mündlich aufgefordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen. Genosse Dr. Meyer hat ausdrücklich zugegeben, diese Forderung ausgesprochen zu haben. Der Parteivorstand stellte deshalb bei der Preßkommission des „Vorwärts“ den Antrag, den Genossen Meyer seines Postens als Redakteur des „Vorwärts“ zu entheben. Die Preßkommission lehnte diesen Antrag ab. Der Parteivorstand rief darauf die Kontrollkommission an, die nach dem Organisationsstatut der Partei bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteivorstand und Preßkommission über Anstellung und Entlassung des Personals des „Vorwärts“ als dritte Körperschaft mit zu entscheiden hat. Der Kontrollkommission lagen folgende Fragen zur Entscheidung vor:

### Antrag des Parteivorstandes:

Kann der Genosse Meyer, der Parteiorganisation öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?

### Antrag der Preßkommission:

Soll Genosse Meyer als Redakteur des „Vorwärts“ entlassen werden, weil er im Flugblatt „Die Lehren des 24. März“ die Beitragsperrung an den Parteivorstand durch die Organisationspropaganda?

Die Kontrollkommission hat in ihrer Sitzung vom 4. Mai beide Anträge mit Stimmengleichheit abgelehnt oder richtiger, beide Fragen mit Stimmgleichheit verneint. Der Parteivorstand hat deshalb den Antrag des „Vorwärts“ beauftragt, den Genossen Meyer unter Fortzahlung des Gehalts für die Kündigungszeit von seinem Posten zu entheben.

Wir sind erstaunt, daß der Dr. Meyer so fest an seinem Posten klebt. Wer direkt zur Sprengung der Partei auffordert, sollte so konsequent sein, wenigstens dann von ihr zu gehen, wenn er dazu aufgefordert wird.

Gegen die Parteizersplitterung hat sich auch der Sozialdemokratische Verein Breslau erklärt. In einer Versammlung, in der der dortige Abgeordnete Eduard Bernstei n 1 1/2 Stunden sprach, wurde seine Haltung und die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit 230 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

## Soziales

### Die Not der Schauspieler.

In der in Berlin abgehaltenen Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger wurden wieder wenig erbauliche Dinge über Verhältnisse der Schauspieler zur Sprache gebracht. Der Präsident der Genossenschaft, Rickelt, hob hervor: Sehr viele Schauspieler seien infolge des Krieges auf die Straße gesetzt oder erhalten eine Lohne, bei der sie sich nicht satt essen können. Dazu gehörten selbst Hoftheater und von den städtischen Gemeinden unterstützte Theater. Beim Stadttheater in Tübingen zählte der Direktor, der einen glatten Reingehalt von 30 000 Mark jährlich erspielt habe und selbst eine Million Vermögen besitze, seinen Schauspielern und Schauspielerinnen geradezu Hungerlöhne. Als eine Anzahl Schauspieler um Aufbesserung der Löhne bat, habe der Direktor höhnisch erklärt: „Wenn Ihr mit Hunger Löhne nicht auskommen könnt, dann treibt meinetwegen Gras.“ Dabei machten die Theaterdirektoren trotz des Krieges im allgemeinen geradezu glänzende Geschäfte. Es sei nirgends ein Theaterzusammenbruch vorgekommen. Sehr viel schuld an diesen Zuständen sei die Indolenz, Liebedienerei und der Mangel an Sozialität unter den Schauspielern. Hoffentlich werde das in Aussicht stehende Reichstheatergesetz etwas helfen. Die Hauptsache sei und bleibe aber der feste Zusammenschluß der deutschen Schauspieler.

In der sich anschließenden Erörterung wurden noch viele Mißstände zur Sprache gebracht. Es gelangte schließlich folgende vom Präsidenten Rickelt beantragte Erklärung einstimmig zur Annahme:

„Die Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger bringt einmütig ihre Meinung zum Ausdruck, daß nach nahezu zweijähriger Kriegsdauer und im Hinblick darauf, daß der Geschäftsgang der Theater sich schon geraume Zeit in nichts von dem der Friedenszeit unterscheidet, ferner gestützt auf die bisherigen Erfahrungen der Kriegszeit, nach welcher das Publikum dem Theater kein geringeres Interesse entgegenbringt als zu Friedenszeiten, die Aufrechterhaltung von Sagenreduktionen irgendwelcher Art keinerlei Berechtigung hat.“

## Handel und Industrie

### Märchenhafter Kriegsgewinn.

Die Sprengstoffwerke Südkonig A.-G. in Hamburg, die mit einem Kapital von 300 000 Mark arbeiten, hatten neun Jahre lang keine Dividende verteilt. Für 1914 wurden 40 Prozent ausgeschüttet. Die Dividende für 1915 lautet auf 30 Prozent, sie beläuft sich aber tatsächlich auf 160 Prozent, weil auf Antrag der Verwaltung beschlossen wurde, das Aktienkapital von 300 000 Mark auf 600 000 Mark zu erhöhen, und zwar durch Ausgabe von Gratisaktien, die bereits voll an dem Ertrügnis des letzten Geschäftsjahres teilnehmen.

## Gesundheit und Körperpflege

### Der Verband Volksgesundheit

bewacht die Förderung der Gesundheit des arbeitenden Volkes durch Verbreitung von Aufklärung über die natürlichen Heilfaktoren. So sorgt er vor allem für die Verhinderung von Erkankungen und gute körperliche Entwicklung. Seine Bestrebungen sind besonders mit Rücksicht auf die Folgen des Krieges zu begrüßen. Eine gutgeleitete Zeitschrift und das eigene Verbandshaus, das Nähr- und Heilmittel zu möglichst günstigen Preisen abgibt, unterstützen diese Zwecke prächtig.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Verbandes zeigt, daß die Wirren des Krieges verhältnismäßig wenig Schaden in seinen Reihen angerichtet haben. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der Vereine nur von 64 auf 63, die Mitgliederzahl von 11 600 auf 10 000 gesunken. Die Einnahmen von Verbandsbeiträgen sanken von circa 7500 auf 5600 Mark. Dagegen hat das von dem Verbande jetzt im zweiten Jahre betriebene Verbandshaus naturgemäßer Nährmittel usw. seinen Umsatz von 13 657 auf 22 500 Mark steigern können. Allerdings ist das weniger auf den steigenden Umsatz zurückzuführen, denn die Nachfrage konnte zu keiner Zeit des verfloßenen Jahres auch nur annähernd befriedigt werden, sondern vielmehr auf die horrenden Preissteigerungen aller Rohprodukte. Diese mußten zum Teil durch Auslandswaren ersetzt werden. Die geradezu Phantasipreise hatten. Die Geschäftsführung bemerkte dazu in den Bericht nicht mit Unrecht:

„Bei den von Woche zu Woche steigenden Preisen ist nur eines zu bemerken: die Geduld, mit der das Publikum diese Märchenpreise zahlt. Daß alle diese unerhörten Bucherpreise keineswegs notwendig sind, sondern um ein beträchtliches herabgesetzt werden könnten, das zeigen die fabelhaften Dividenden der Aktiengesellschaften der Nahrungsmittelbranche: Zucker, Fleischwaren, Nahrungsmittelfabriken usw., die bis 40, ja 50 Prozent Dividende verteilen. Wirklich diese Preise der Großfabrikanten und Lieferanten spüren den goldenen „Segen“ des Krieges sehr nachhaltig, während weite Kreise des Volkes nicht wissen, wie sie die hungrigen Mäuler ihrer Kinder stopfen sollen.“

Der Verband hofft, daß die Verhältnisse es gestatten, in diesem Jahre den überfälligen Verbandstag abzuhalten. Dieser soll sich mit der sehr längst geplanten Einführung einer Beiratskammer beschäftigen und die Frage betr. Hauspflegerinnen für den Arbeiterhaushalt vorbereiten oder erledigen. Der Sitz des Verbandes befindet sich in Dresden-Rößlichenbroda.

## Allerlei vom Kriege

Wie England die italienische Küste beschloß. Die Rücksichtslosigkeit, mit der England jeden Staat und jedes Volk bedrängt, die ihm nicht zu Willen sind, hat Italien, das jetzt England, Freund und Bundesgenosse geworden ist,

mehrfach erfahren müssen, nie schlimmer als 1745. Damals war England mit der Republik Genua verbündet, weil diese es mit Spanien hielt. Seine Schiffe bombardierten deshalb Genua. Da sie aber wenig ausrichteten, suchte der englische Admiral Rowley seine Flotte in anderer Weise auszuüben. Er beschloß zunächst kleine Ortschaften der ligurischen Riviera und legte sich dann mit elf großen Schiffen vor San Remo. Die erschrockenen Einwohner schickten Abgesandte mit dem Angebot von Frächten und anderen Entschädigungen und der Bitte, die doch ganz unschuldig seien, zu verschonen. Aber Rowley empfing sie erst gar nicht, sondern ließ ihnen sagen, wenn sie sich nicht entfernten, würde er sie gefangen nehmen. Dann begann er die Beschießung, die 24 Stunden dauerte und gegen die San Remo mit seinen Burgen und alten Gassen wehrlos war. 3600 Geschosse fielen in die unglückliche Stadt, die an allen Ecken brannte. 70 Häuser an der Marina lagen in Trümmer und im Innern waren die schönsten alten Paläste, der Jesuitenkonvent, verschiedene Klöster, das Hospital, die Kirche San Andrea zu Ruinen geworden. So arg hatten es die Engländer getrieben.

## Literatur

„Eich-Verdrängen und die Sozialdemokratie.“ Von Hermann Wendel, M. d. R. Preis 75 Pfg. Vereinsausgabe 40 Pfg. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, S. m. b. H., Berlin SW. 68. Der Inhalt dieser aktuellen Broschüre ist folgender: Eich-Verdrängen als Kriegsgeschehen. — Die deutsche Sozialdemokratie und Eich-Verdrängen. — Nach vierundvierzig Jahren. — Die wirtschaftliche Verknüpfung. — Eich-Verdrängen und Frankreich.

„Dokumente zum Weltkrieg.“ Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, S. m. b. H., Berlin. Das 14. Heft dieser Sammlung: „Das deutsche Weltbuch“, zweiter Teil, liegt nunmehr vor. Preis 60 Pfg. Das Heft enthält die Wiedergabe der Veröffentlichungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Zu beziehen sind diese Broschüren durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

Die Glode, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft S. m. b. H., München). Das eben erschienene sechste Heft des zweiten Jahrgangs dieser nun als Wochenschrift herausgegebenen aktuellen Zeitschrift enthält folgende Artikel: Max Cohen: Deutschland und Amerika. — Wilhelm Keil: Randbemerkungen zu den Steuerkämpfen. — C. Döring: Deutsch-englische Konkurrenz und russischer Markt. — Ludwig Duester: Zehn Jahre britische Geheimdiplomatie (II. Teil). — Dr. Arthur Neuberger: Die freien Volkshöhen und der Krieg. — Franz Dieberich: Frühlingsfrühling. — Blößen: Reuter. — Parlamentarische Redefreiheit. — Die Woche. — Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 20 Pfg., vierteljährig 2,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

## Briefkasten der Redaktion

Achtungsvoller. Wenn in der B.-S. der A. D. R. D. ein jüngerer Mann unsere Veröffentlichung der ominösen „Verfügung“ tatsächlich als „Gemeinheit“ bezeichnet haben sollte, so wäre dies allerdings der Gipfel des Gegenstands von gutem Geschmack gewesen. Mildernd wäre aber doch zu berücksichtigen, ob diese proteste Ausdrucke dem Sprecher nicht zu gefällig ist. Der — höchst erfreuliche — Anmut über die trotz vieler Mühe durchaus vergebliche Nachforschung nach unserm Vermittler wäre erspart geblieben, wenn man unserer wirklich uneigennütigen Versicherung, daß er unter dem Pseudonym nicht existiert, geglaubt und die häßliche Inquisition unterlassen hätte.

## Einsegnungs-Anzüge

schwarz und blau, 1- und 2reihig, moderne Fassons in grosser Auswahl.



Ein Mann mit Namen Adolar, Der immer richtig eitel war, Spaziert, die Brust von Stolz geschwellt, Hier durch das sommerliche Fied.



Da such es hern am Himmel auf, Die Wolken türmen sich zu Hauf, Es tropfelt schon das erste Nies, Der Adolar wird langsam blaß.

## Goldene 10

Danzig  
Kohlengasse 10, Ecke Breitgasse.

Einsegnungs-Anzüge v. 16.00—42.00  
Baracken-Anzüge v. 14.00—45.00  
Krausen-Anzüge v. 3.50 u. m.  
Frühjahrsanzüge  
Sportanzüge u.  
Häuser . . . . . von 24.00—65.00  
Herrens-Jackens-Anzüge  
in modernsten Stoffen,  
Blau und braun, schwarz,  
1- und 2reihig . . . . . von 21.00—68.00  
Vochmoderne  
Krausen-Anzüge . . . . . von 39.00—72.00  
Stiefeln . . . . . von 1.75 u. m.

Gummimäntel,  
Wettertragen,  
Leinen- und Ledersoppen  
in grosser Auswahl.

## Berufs-Kleidung

für alle Gewerke.  
Hüte, Mützen, Böse, Krabatten,  
Handschuhe, Hosenträger, Schirme,  
Erläuterungen  
sind ebenfalls in grosser Auswahl.

Großes Stofflager  
zur Maßanfertigung.

## Goldene 10

Danzig  
Kohlengasse 10, Ecke Breitgasse.

## Hüte, Wäsche Herren-Artikel in grosser Auswahl



Die Sache wird doch noch besser,  
Und Adolar wird noch viel blässer,  
Und nasser wird er, immer nasser,  
Scheu duckt er sich vor dem Gewässer.



Schnell ist's um seine Klust geschehn,  
Weil sie nicht aus der „Gold'nen Lehn“,  
Drum tut er einen letzten Schwur:  
„Ja Zukunft nicht ich dort mich nur!“

## Bekanntmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 (R. G. Bl. S. 813) für den Bereich des XVII. Armeekorps und für die Dauer des Kriegszustandes folgendes bestimmt:

- Der Verkauf von Prismen-Gläsern aller Art, Ziel- und terrestrischen Ferngläsern, Galileischen Gläsern mit einer Vergrößerung von 4mal und darüber, sowie von optischen Teilen aller vorgenannten Gläser, ferner von photographischen Objektiven in den Lichtstärken 3,5 bis 6 und den Brennweiten von mehr als 18 cm wird verboten. Dieses Verbot gilt auch für den Verkauf der im Privatbesitz befindlichen vorgenannten Gegenstände.
- Heeresangehörigen dürfen in heimischen Privatgeschäften Ferngläser nur gegen Vorlage einer mit Stempel und Unterschrift versehenen Bescheinigung ihres Truppenteils, aus der hervorgeht, daß die Ferngläser zum Dienst bei der Truppe bestimmt sind, verkauft werden.
- Ausnahmen von dem Verbot zu 1 und 2 sind nur mit schriftlicher Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos XVII. Armeekorps zulässig.
- Zumwiderhandlungen gegen das Verbot zu 1 und 2, sowie die Aufforderung oder die Anreizung zu einer solchen Zuwiderhandlung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.
- Diese Verordnung tritt mit Beginn des 9. Mai 1916 in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,  
den 6. Mai 1916. 168

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.  
Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn,  
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg

## Die Werte von Goethe • Schiller • Heine • Reuter

geben wir an unsere werthen Abonnenten zum Preise von 4 Mark für jedes Werk auf wöchentliche Retenzahlung von 50 Pfg. ab und bitten regen Gebrauch von dieser :: :: günstigen Offerte zu machen :: ::

Buchhandlung Volkswacht  
Paradiesgasse 32

## Gelesene Nummern

der Volkswacht werfe man nicht auflos fort. :: :: sondern lasse sie uns noch Fernsehenen zukommen :: ::



# Winter-Garten.

Telephon Nr. 1022. **Ollvaer Tor 10** Telephon Nr. 1022.  
Direktion: Arthur Löwinski

**Eröffnung**  
**Dienstag den 16. Mai**  
mit einem glänzenden

**Weltstadt-Programm**

[174]

**Fischweber.** Für Quappen ist vom 10. Mai der Höchstpreis neu eingeführt und auf 40 Pfg. pro Pfund festgelegt. Am 11. Mai wurden diese Fische auf dem Fischmarkt von den Händlerinnen aber noch immer für 60 Pfg. verkauft. 40 Pfg. ist schon ein so hoher Preis, so daß 60 Pfg. als maßlos mackerlich bezeichnet werden müssen. Die Fischfrauen suchten glauben zu machen, daß sie die magistratische Bekanntmachung nicht gelesen hätten. Die Danziger Zeitung behauptet, daß sogar ein Schuhmann die Einschreiten gegen die zu hohen Forderungen mit der Behauptung ablehnte, daß er die Bekanntmachung nicht kenne. Erst ein Stadtvorordneter habe ihn dazu bewegen können, seine Pflicht zu tun.

Die D. Z. fordert deshalb, daß die Beamten besser über die Preise unterrichtet würden. Sehr richtig. Dann müßte aber auch der Magistrat seine Bekanntmachungen genügend veröffentlichen und nicht sogar noch aus diesem Anlaß bestimmte Zeitungen aussuchen. Beshalb die **Volkswacht** noch immer nicht die Inserate über die Höchstpreise erhält, ist einfach unerklärlich.

**Zuckermarken** gelangen in Danzig vom 21. Mai ab zur Einführung. Bis dahin darf Zucker nur auf Brot- und Weichtarten abgegeben werden. Auf jede Brotkarte (auch Kinderkarte) darf jedoch nicht mehr als 1/2 Pfund Zucker verabfolgt werden. Die Abgabe ist auf der Karte einzutragen. Auf Zuck- und Tagesbrotkarten darf Zucker nicht verkauft werden.

Die **Straßenbahnhaltestelle am Holzmarkt** ist wohl die am stärksten in Anspruch genommene. Fast sämtliche Linien führen hier vorbei. Für die Fahrgäste ist aber nicht im geringsten georgt. Keine Bank, keine Wartehalle ist vorhanden. Dabei laßt sich mit wenig Kosten an den Rand des städtischen Schmutzpfuges, parallel mit dem Bürgersteige, sogar eine größere Zahl von Bänken aufstellen. Wenn sie, wie es bereits im kleinen Vorgarten gesehen ist, mit den hintern Sähen auf dem Rücken stehen, treten sie nicht nur das Schmutzgefänder und stören, selbst wenn sie besetzt sind, den Verkehr nicht. Von einer Störung kann übrigens gerade an dieser Stelle schon deshalb nicht geredet werden, weil niemand etwas dagegen hat, daß der Kopf des Deutschen Hauses einen erheblichen Teil des Trottoirs sogar mit Tischen und Stühlen besetzt. Auf den Bänken könnten alle Fahrgäste, die warten müssen, vor allen die Alten, Schwachen und Kränklichen, sitzen. Die geringen Kosten, die angezogen der großen Notwendigkeit garnicht ins Gewicht fallen können, kann die reiche Straßenbahngesellschaft unschwer tragen.

**Schiffbau.** Für die Neupflasterung der Fußbrücke mit Kleinsteinen. Statt Holz bewilligten die Stadtvorordneten 5000 Mark.

Reichhermeister **Manikowski** in Heubude hatte von der Stadt 5000 Mark Schadenersatz für Aufgabe seines Schlachthofes nach der Eingemeindung gefordert. Als Vergleich erhielt er 1400 Mark. Es ist zwar bezeichnend, daß er mit seiner Forderung so weit herunterging. Die Verpflichtung der Stadt zur Zahlung ist aber auch aus diesem Grunde stark anzuzweifeln.

Für Herstellung einer Begegnungsverbindung von der Kleinbahn auf Langgarten nach der Straßenbrücke über den Rotbaumumfuter wurden 6000 Mark bewilligt.

Die Jänne auf dem Grundstück Neu-Schottland 3 sollen für 1800 Mark, etwas sehr hoch, repariert werden.

Für Herstellung einer 16 Meter breiten Straße von der Unterführung Herberweg in Langfuhr nach Neu-Schottland wurde vom Reichshofbesitzer **Soß** ein Grundstück von 2440 Quadratmetern, zum nicht niedrigen Preise von 12 Mark pro Quadratmeter, für insgesamt 29 280 Mark gekauft. Der Kaufpreis soll später auf die Anfänger umgelegt werden.

Eine Anzahl Wehlen für städtische Ehrenämter erfolgte wieder ohne Berücksichtigung der Arbeiter und Angehörigen.

Ueber Wiederannahme der aus Anlaß des Krieges unterbrochenen Strafvollstreckungen hat der **Justizminister** unterm 27. April d. S. eine allgemeine Verfügung erlassen, die wie folgt lautet:

„Seit Beginn des Krieges sind zahlreiche zu Gefängnisstrafen verurteilte Personen wegen zeitweiliger Räumung von Gefängnissen oder zur Entlassung dringender Arbeiten oder aus ähnlichen Gründen aus den Gefängnissen entlassen worden, ohne daß sie in das Haft eingetastet worden wären. In solchen Fällen kann es eine unbillige Härte bedeuten, wenn ein Verurteilter zur Verbüßung eines kleinen oder eines im

Verhältnis zu dem bereits verübten Straftat unerheblichen Strafmaßes die Strafe wieder antreten müßte. Die Ersten Staatsanwälte haben deshalb — wie es auch bisher schon vielfach geschehen ist — in geeigneten Fällen von Amts wegen vor Wiederaufnahme der Strafvollstreckung über die Frage der Erwirkung eines Gnadenbeweises oder einer sonstigen Vergünstigung an mich zu berichten. Soweit die Strafvollstreckung den Amtsgerichten obliegt, haben diese in Fällen, in denen eine Berichterstattung in Frage kommt, die Akten dem Ersten Staatsanwalt vorzulegen.“

**Tod durch Unfall.** Am Sonnabend gegen 12 Uhr nachmittags benutzte der 19jährige Arbeiter **Lehner** auf der Schichauwerk die Rangierlokomotive des Betriebes, um zu einer Weiche, die er stellen sollte, zu gelangen. Dabei stürzte er ab und wurde überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Bedauerlich ist, daß um diese Zeit im Sanitätszimmer niemand zur Hilfeleistung anwesend war. In diesem Falle war leider keine Hilfe mehr möglich, andernfalls wäre vielleicht ein Menschenleben zu retten gewesen.

**Zweiter Todesfall bei Schiffsbau.** Am Dienstag stürzte der Arbeiter **J. Matthes** von dem großen Kran in das Innere eines Schiffes. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er bald starb.

**Beim Bootfahren auf der Moltz a ertrank** am 6. Mai der **Saasbüsche** **Kosin** vom Vorstädtischen Graben. Der ertrunkene Knabe war erst 14 Jahre alt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur **H. Bartel**, Danzig.  
Verlag **Volkswacht & Soß** u. Co., Danzig.  
Druck Königsberger Volkszeitung, **B. m. b. H.** Königsberg i. Pr.

## Papier-Abfälle.

Jede Menge altes Papier, (Zeitungen, Bücher, alte Briefe u. dgl.) Pappschachteln werden angekauft und garantiert eingekloppt. Säcke zum Verpacken werden auf Wunsch kraftfrei eingeliefert. [171]  
**IKmann & Comp.**  
Papierfabrik Altcarbe (Ostbahn).

## Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Danzig

hat vom 15. Mai bis 15. September ds. J. einschl. Dienststunden von 7—2 Uhr.

Die Zahlstelle für Ein- und Auszahlungen ist, wie bisher, von 9—1 Uhr geöffnet. [169]

Der Vorstand  
der Allgemeinen Ortskrankenkasse  
in Danzig  
(Jugendstraße Nr. 52).



## Drucksachen

aller Art für Handel und Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller und preiswerter Ausführung in Flach- u. Rotationsdruck

## Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse 32

## Mass-Anfertigung

feinster [170]

## Herren-Bekleidung

Beste Verarbeitung Sehr mässige Preise

## Eugen Hasse

Kohlenmarkt 14/15. Fernsprecher 1854.

## Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie  
Große Auswahl  
in Silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren  
Bekanntesten in allen Preislagen

## S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28. [174]



## Mit der PFAFF-Nähmaschine bist Du gut versorgt

Jetzt kann ich getrost ins Feld hinaus, Du hast ja die PFAFF-Maschine im Haus, Die schützt Dich vor Mangel und schützt Dich vor Not, Schafft Dir und den Kindern das tägliche Brot. Ade und laßt es Euch gut ergeh'n, So Gott will, auf fröhliches Wiederseh'n! L. S.

## Herm. Wilken & Söhne

Hellig<sup>®</sup> Geistgasse 127  
Fernruf 1237. [152]

Echt garantiert reingekachelten

## Schnupftabak

aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakfabrik

## Julius Gosda, Danzig

Rostabakhandlung,  
Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle

Trauer-

Hüte  
in  
reicher  
Auswahl.

Buizen  
Handschuhe  
zu billigsten  
Preisen.

Julius  
Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.



**Achtung! Weiße Wascheife!**  
Nur soweit Vorrat vorrätende ich meine weiße, weiche Wascheife, gut geeignet für alle Zwecke, geruchlos, gut schäumend, garantiert unschädlich für die Wäsche 100 Pfund für M. 68.—, 50 Pfund für M. 35.—, 1 Probe-Postkiste (10 Pfd., br.) für M. 6.95  
Nachnahme egl. Porto bezw. Fracht. Verpackung frei! Bahnsendungen nur gegen Vorauszahlung! Nicht zu verwechseln mit billigeren, minderwertigen Konkurrenzangeboten. Station und Post angeben! Wiea Nachbestellungen. Otto, Berlin 120, Holzmarktstraße 54. [87]

# BORG'S Hindenburg-Zigarette

etwas ganz Hervorragendes. 3 Pfg. überall erhältlich. [167]